

Antrag

des NEOS-Landtagsklubs (Erstantragstellerin Abg. Birgit Obermüller)

betreffend: Verlängerung des Fördermodells „Administratives Unterstützungspersonal im Pflichtschulbereich“

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Fördermodell „Administratives Unterstützungspersonal im Pflichtschulbereich“ ab dem 1. September 2024 fortgeführt wird. Das bestehende Unterstützungspersonal muss noch vor den Sommerferien die Zusage für eine Weiterbeschäftigung erhalten.“

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Bildung, Kinderbetreuung, Kunst und Kultur sowie Wissenschaft und Forschung

Begründung:

Im Pflichtschulbereich gab es für Schulleitungen bis zum Schuljahr 2020/21 kein Unterstützungspersonal für administrative Tätigkeiten. Ab diesem Zeitpunkt wurde ein österreichweit einheitliches Fördermodell des AMS in Kooperation mit dem BMBWF und BMAFJ aufgestellt. Einerseits wollte man die dringend benötigte Entlastung für Pflichtschulstandorte im administrativen Bereich erreichen und andererseits wollte man den Arbeitsmarkt in ländlichen als auch urbanen Regionen beleben.

Ursprünglich war das Förderprogramm bis 2022 eingerichtet und nach einer Prüfung wurde es bis 31. August 2024 verlängert.

Als mittelfristiges Ziel wurde beim Start des Fördermodells genannt, eine Absicherung der Finanzierung der administrativen Assistenzen an Pflichtschulen im Dialog mit den Ländern und Gemeinden anzustreben. Auch sollte dieses Modell die Bildung von Schulclustern weiter angeregt werden. Diese Absicherung ist noch nicht gelungen, da in den

vergangenen Wochen die derzeit beschäftigten administrativen Assistenzkräfte von der KIB - Kinderbildung gem. GesmbH (Nachfolgegesellschaft der GemNova Bildungspool gem. GmbH) darüber informiert, dass eine weitere Anstellung ab 1. September 2024 nicht gesichert sei.

Nach der Insolvenz der GemNova Bildungspool gem. GmbH im vergangenen Jahr waren die Unsicherheiten für die administrativen Assistenzkräfte groß. Erst Anfang September 2023 wurde ihnen eine Weiterbeschäftigung zugesagt. Sie jetzt einen weiteren Sommer im Unklaren zu lassen, würde für alle eine große psychische Belastung darstellen und längerfristig dazu beitragen, dass mittlerweile gut eingearbeitete Mitarbeiter:innen einen sicheren Arbeitsplatz vorziehen und abwandern.

Innsbruck, am 07.03.2024

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke extending to the right.

Buigt Obermüller